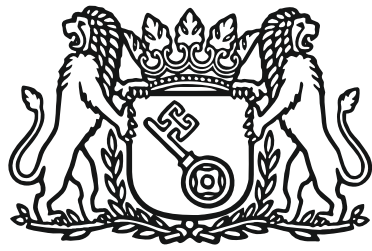


BEI
ZAHNFLEISCH-
BLUTEN...

DIE ZEIT

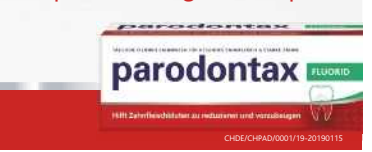


PREIS DEUTSCHLAND 5,30 €

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR

... LÄUFT DIE ZEIT.

Jetzt vorbeugen!
Mit parodontax tägliche Zahnpasta.



7. FEBRUAR 2019 N° 7

Wir werden alt wie nie – was tun?

Immer mehr Menschen
werden heute älter als 90.
Da braucht es eine neue
Form der Absicherung –
mit der man am besten
gleich anfängt

WIRTSCHAFT

Titelfoto: Inna Polovina



Sie war Merkels Mädchen

Einst weinte das
Flüchtlingskind Reem
vor der Kanzlerin.
Was wurde aus ihr?

Politik, Seite 6

Das Patriarchat ist naturgegeben

Das behauptet der
Psychologieprofessor
Jordan P. Peterson

Feuilleton, Seite 35

Wer war schuld?

Ein Mobbing-Opfer
trifft auf seine
Peiniger – 25 Jahre
nach der Schulzeit

Z – Zeit zum Entdecken, Seite 53

INF-VERTRAG

Im toten Winkel

Das atomare Wettrüsten ist zurück. Schuld haben Trump und Putin.
Jetzt wird es brenzlig – nicht nur für Europa **VON MATTHIAS NASS**

Niemand sollte sich einer Illusion hingeben: Die Suspendierung des INF-Vertrags durch die USA und Russland ist der Startschuss zu einem neuen atomaren Wettrüsten. Nicht nur in Europa, sondern weltweit.

Das Abkommen über das Verbot von Mittelstreckenraketen, 1987 von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan unterzeichnet, ist nicht mehr zu retten, weil die heutigen Herren im Kreml und im Weißen Haus es nicht retten wollen. Es entspricht nicht mehr den Interessen ihrer beiden Länder, so wie Wladimir Putin und Donald Trump diese verstehen. Widerstand aus Europa, so notwendig und berechtigt er ist, wird sie von ihrem Weg nicht abbringen.

Natürlich ist es richtig, wenn die Europäer beide Seiten auffordern, sich weiterhin an den Vertrag zu halten. Denn durch ihn wurde eine ganze Kategorie von Raketen vernichtet, die in Minuten jede Stadt Europas erreicht hätten. Knapp 2700 Raketen wurden als Folge des INF-Vertrags zerstört. Ein Triumph der Abrüstung.

Der eine Vertrag ist tot, der andere ist in höchster Gefahr

Nur zeigt das Scheitern der Reisen von Außenminister Heiko Maas nach Moskau und Washington, dass derzeit alles Bemühen vergeblich ist. Beide Seiten wollen raus aus einem Vertrag, der sie bindet, der es aber Staaten wie China, Indien, Pakistan, Iran oder Nordkorea erlaubt, Mittelstreckenraketen zu produzieren.

Diese Sicht blendet allerdings aus, dass der INF-Vertrag nur landgestützte Systeme verbietet. Mittelstreckenraketen, die von Flugzeugen, von Schiffen und U-Booten aus abgeschossen werden, durften weiter gebaut werden. Entsprechend rüsteten erst die Amerikaner und dann die Russen dort, wo es erlaubt war, ordentlich auf.

Eines hat sich seit 1987 wirklich geändert: Die Bipolarität des Kalten Krieges ist Geschichte. Über eine Verringerung der Atomwaffen kann nicht mehr allein zwischen Washington und Moskau verhandelt werden; Rüstungskontrolle muss heute – schreckliches Wort – multilateralisiert werden. Und da wird es kompliziert. Vor allem aus zwei Gründen.

Zum einen ist das Gefälle zwischen den beiden atomaren Supermächten und den Nachzüg-

lern gewaltig. Russland und die USA verfügen gemeinsam über mehr als 90 Prozent aller Atomsprengköpfe. China kommt mit 280 Sprengsätzen erst an vierter Stelle, nach Frankreich.

Zum anderen wollen Russland und die USA gar nicht abrüsten. Im Gegenteil, sie rüsten gerade auf. Amerika will für die Modernisierung seiner Atomwaffen in den nächsten dreißig Jahren 1,2 Billionen Dollar ausgeben. Und Russland lässt neue Hyperschallwaffen produzieren. Beide Staaten militarisieren den Weltraum.

Selbst bei gutem Willen erfordert es große Staatskunst, um atomare Abrüstung nicht mehr zwischen zwei, sondern zwischen drei oder mehr Regierungen auszuhandeln. Bei mangelndem Willen, den man derzeit leider in Washington und Moskau unterstellen muss, wird es unmöglich sein, auch nur Vertrauen zu schaffen, also die Voraussetzung für jede Diplomatie.

Die Europäer spielen bei alledem nur eine Nebenrolle. Was sie tun können, um überhaupt Gehör zu finden? Sie müssen ihre – konventionelle – Verteidigungsfähigkeit stärken, um gegenüber Washington und Moskau glaubwürdig zu sein. Sie müssen den Zusammenhalt der Nato verteidigen, die Putin so gern spalten würde und deren Nutzen Trump nicht begreift.

Und sie sollten keine absurden Vorschläge unterbreiten wie jenen, Russland solle die Marschflugkörper, die gegen den INF-Vertrag verstoßen, östlich des Urals stationieren, damit sie Europa nicht erreichen. Sicherheitspolitiker von CDU und SPD hatten diese Idee, sie ist so undurchdacht wie unanständig. Die Atomgefahr mal eben nach Asien auslagern? Dort ist sie ohnehin, und keineswegs kleiner als in Europa.

Der Kalte Krieg war lebensgefährlich, aber er ist – trotz Berlin-Blockade und Kuba-Krise – immerhin kalt geblieben. Der INF-Vertrag stand für sein nahendes Ende, der noch wichtigere Vertrag zur Begrenzung der strategischen Nuklearwaffen, New Start, steht für seine Überwindung. New Start läuft im Februar 2021 aus, wenn er nicht rechtzeitig verlängert wird. Gespräche darüber haben noch nicht einmal begonnen.

Der eine Vertrag ist tot, der andere ist in höchster Gefahr. Man kann nur hoffen, dass der nächste Krieg kalt bleibt. So ist die Lage.

Siehe auch **Politik, Seite 3**

www.zeit.de/audio

CDU

Im Stuhlkreis

Annegret Kramp-Karrenbauer will Merkels Flüchtlingspolitik hinter sich lassen. Kann sie das? **VON TINA HILDEBRANDT**

Es geht um ein politisches Kunststück, darum, eine Fülle von Widersprüchen auf einmal aufzulösen: zurückzuschauen, um nach vorne schauen zu können. Sich zu distanzieren, ohne auf Gegenkurs zu gehen. Etwas zu gewinnen, ohne etwas anderes zu verlieren.

So etwa lässt sich umschreiben, was die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer ihrer Partei verordnet hat. Einen Tag und einen Abend lang soll sich die CDU mit der Flüchtlingspolitik seit 2015 beschäftigen, die Betonung liegt auf »seit«. Das berühmte-berühmte Septembertreffen, an dem Merkel je nach Lesart die offenen Grenzen nicht schloss oder die Schleusen öffnete, ist nicht Gegenstand des sogenannten Werkstattgesprächs, in dem sich die CDU ab Sonntag in vier Arbeitsgruppen mit den Folgen von Migration beschäftigen wird.

Das neuralgische Wochenende wurde dabei gewissermaßen vor die Klammer gezogen, vier Wissenschaftler unterhalten sich über die komplizierte Gemengelage des deutschen und europäischen Asylrechts, eine politische Positionierung der CDU-Spitze selbst bleibt aus. Nun kann man fragen (und viele fragen sich das auch): Was soll das Ganze, wenn der Knackpunkt ausgespart bleibt?

Die CDU-Vorsitzende und Markus Söder signalisieren: Wir verstehen einander

Eine echte Großdebatte, wie von Kramp-Karrenbauer versprochen, sollte man sich von diesem Unions-Stuhlkreis nicht erwarten. Abgesehen davon, dass ein Zeitraum von drei Jahren kaum an einem Tag zu bewältigen ist, wäre sie auch ziemlich nutzlos. Denn längst hat sich ein Konsens herausgebildet, der lautet: Erstens, gute Flüchtlingspolitik = wenige Flüchtlinge. Zweitens, Merkels Entscheidung 2015 war richtig, aber danach lief in der Praxis einiges falsch.

Und selbst wenn man diesen Konsens noch einmal infrage stellen wollte und die Antwort lautete: Auch 2015 war falsch – was folgte daraus? Man kann eine Million Syrer und Afghanen mit Bleiberecht nicht wieder rauswerfen.

Seit Kramp-Karrenbauer nach Berlin gekommen ist, wird sie an dieser Frage gemessen: Wie weit emanzipiert sie sich von Angela Merkel? Emanzipiert wird dabei übersetzt mit: Wie weit distanziert sie sich von der Politik ihrer Vorgän-

gerin? Wer Kramp-Karrenbauer kennt, ahnt, dass solche Betrachtungen für sie eher sekundär sind – aber sie weiß um deren Bedeutung.

Man kann, so sieht sie es, durchaus punktuell und sogar seriell Fehler einräumen, ohne damit gleich die ganze Sache infrage zu stellen – und ohne dass einem gleich ein Zacken aus der Krone bricht. Damit distanziert sie sich von Merkel – und handelt zugleich merkeliger als Merkel selbst in dieser Frage. Denn wenn man der Kanzlerin etwas vorwerfen kann, dann nicht ihre Entscheidung vom 4. September, sondern dieses: Mit ihren trotzigen Einlassungen (»... nicht mein Land«) und der sturen Verweigerung einer Debatte leistete sie dem Eindruck Vorschub, es gäbe nur zwei Möglichkeiten: Entweder man handelt humanitär (wie sie selbst), oder man erschießt Menschen an der Grenze. Das aber waren nie die einzigen Alternativen. Und es war, siehe Zacken und Krone, auch gar nicht die Art, die Merkel zuvor so populär gemacht hatte.

Hinzu kam, dass Angela Merkel und Horst Seehofer sich psychologisch verhakelt hatten wie ein zerkriegtes Ehepaar, das sich wegen der Kinder nicht scheiden lässt. Seehofer hörte nicht auf zu sticheln, und Merkel wollte nicht zulassen, dass ein einziger Seehofer-Satz Regierungspolitik wird. So kam es, dass zum Thema Flüchtlingspolitik alles von fast allen gesagt ist, aber eben nicht von der CDU – jedenfalls nicht offiziell. Indem Kramp-Karrenbauer dieses Thema nun zum ersten und vermutlich (in dieser Form) auch letzten Mal auf die Tagesordnung setzt und der neue CDU-Vorsitzende Markus Söder demonstrativ seinen Segen (und seinen Innenminister Joachim Herrmann) dazu gibt, signalisieren beide: Wir sind anders, und wir verstehen einander.

Kramp-Karrenbauer selbst hat den Vergleich gezogen: Die Migrationspolitik dürfe sich für die CDU nicht zu einem ähnlichen Langzeittrauma entwickeln wie Hartz IV für die SPD. Und zu einem Ärgernis: Denn den politischen Lohn für ihre revidierte Flüchtlingspolitik konnte die CDU nie einstreichen, weil Merkel als Nummer eins stets darauf beharrte, es habe sich gar nichts geändert. Kramp-Karrenbauers Kunststück soll der CDU nützen. Wenn die Noch-Volkspartei Union es schafft, ihre Selbstblockade aufzulösen, hätten auch alle anderen etwas davon.

www.zeit.de/audio

PROMINENT IGNORIERT



Wer murmelt da?

Seit 133 Jahren findet am 2. Februar in Punxsutawney in Pennsylvania der Murmeltiertag statt, bei dem ein Murmeltier aus dem Bau gelockt wird. Wenn es »seinen Schatten nicht sieht«, wie es diesmal der Fall war, ist der Frühling nah. Auf den Einwand, die Prognosen seien oft falsch, antworten die Murmeltierfreunde, es sei nicht leicht, die Sprache der Murmeltiere zu verstehen. Was wohl daran liegt, dass sie murmeln. **GRN**

Kleine Fotos (v. o.): Nikita Teryoshin für DZ; Gene J. Puskar/AP/dpa

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbrieft@zeit.de
ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

ABONNENTENSERVICE:
Tel. 040 / 42 23 70 70,
Fax 040 / 42 23 70 90,
E-Mail: abo@zeit.de

PREISE IM AUSLAND:
DK 55,00/FIN 8,00/E 6,50/
CAN 6,80/F 6,50/NL 5,70/
A 5,40/CH 7,50/I 6,50/GR 7,10/
B 5,70/P 6,80/L 5,70/H 2300,00

N° 7

74. JAHRGANG C 7451 C



4 190745 105309

TITELTHEMA: RENTE



Illustration: Max Löffler für DIE ZEIT; Fotos: Thomas Imphotobank; Xavier Giliana/AFP/Getty; Marjhan Murad/dpa (v. o.)

Mehr Zeit als Geld

Bloß nicht zu alt werden! Warum selbst Menschen mit gutem Einkommen im Alter in finanzielle Not geraten – und was man dagegen tun kann VON NADINE AHR, KERSTIN BUND UND KOLJA RUDZIO

Kann jemand, der 2200 Euro Rente im Monat bekommt, tatsächlich verarmen? Ludwig Hollemeyer ist genau das passiert. Im ungarischen Seniorenheim Életfa macht sich der deutsche Rentner für seinen täglichen Spaziergang bereit. Der 83-Jährige zieht das Stirnband über die Ohren und die Handschuhe über die Hände, greift nach seinem Rollator. An diesem Wintertag ist es glatt auf den Straßen. Hollemeyer geht vorsichtig bis zum Ende des Weges, wo ein Feld beginnt. Da hinten, sagt er und zeigt den Hang hinunter, ist der Plattensee.

Das er seinen Lebensabend einmal in Ungarn verbringen würde, weil er sich Deutschland nicht mehr leisten kann, das hätte Herr Hollemeyer nie geglaubt. Als Elektromeister arbeitete er 33 Jahre lang bei den Saarbergwerken in Saarbrücken, über Tage. Er hat die fetten Jahre des Bergbaus erlebt, die Firma zahlte ihm gutes Geld. Und selbst als die Zeit der Kohle sich neigte und er in Vorruhestand ging, war er gut abgesichert. Die volle Rente, die er ab 65 erhielt, betrug damals, im Jahr 2001, fast 5000 Mark – bei 800 Mark Miete. Und obendrein gab es noch eine kleine Rente seiner Frau. Sie war Rechtsanwaltsgehilfin, hatte aber wegen der drei Kinder bloß 15 Jahre lang gearbeitet.

»Uns ging es sehr gut«, erinnert sich Hollemeyer, »wir lebten wie die Made im Speck.« Die Hollemeyers kauften ein Gartengrundstück, bauten ein Holzhaus darauf, pflanzten Blumen und Gemüse an, verbrachten die Sommer in ihrem kleinen Paradies. Zehn Jahre Sorglosigkeit. Bis die Frau stürzte und sich eine Beckenringfraktur zuzog, 2010 war das. Es folgten Reha, Rollator, Rollstuhl.

Ein Pflegebett musste her, die Kasse zahlte es nicht. Noch ging alles halbwegs, Hollemeyer sorgte für seine Frau – bis er selbst erkrankte. 2011 entdeckte man einen Tumor in seinem Rücken. Er musste ins Krankenhaus, gab seine Frau in Kurzzeitpflege. Für drei Wochen, dachte er. Doch aus einer Operation wurden sechs, aus den drei Wochen drei Monate und aus der Kurzzeitpflege eine Dauerpflege. Weil Hollemeyer nicht ohne seine Frau sein wollte und nicht wusste, ob er je wieder rüstig genug sein würde, um sie zu pflegen, kündigte er ihre Mietwohnung und zog zu ihr ins Heim. Das Doppelzimmer kostete 5000 Euro im Monat. Für seine Frau zahlte die Pfl-

geversicherung 1400 Euro, nach Abzug ihrer kleinen Rente blieben 3000 Euro, die Hollemeyer allein aufbringen musste. Aus eigener Tasche. Dafür reichte sein Altersruhegeld, das inzwischen bei 2200 Euro lag, nicht. Deshalb zahlte er die Differenz von 800 Euro pro Monat und alles, was sonst noch anfiel – Friseur, Fußpflege, Cafésbesuche –, von den Ersparnissen. Zweieinhalb Jahre lang. Dann waren die Eheleute Hollemeyer pleite.

Altersarmut ist ein großes, ein wachsendes Thema. Doch beileibe nicht mehr bloß für Langzeitarbeitslose oder kleine Selbstständige ohne Rücklagen. Und auch nicht nur für Geringverdiener, die Arbeitsminister Hubertus Heil nun mit einer Grundrente unterstützen will (siehe Artikel auf Seite 19). Nein, Geldsorgen im Alter haben inzwischen auch Gutsituiertere mit scheinbar auskömmlichen Bezügen wie Herr Hollemeyer. Menschen, die einst gut verdient und fürs Alter solide vorgesorgt haben, geraten im Lebensabend in erhebliche finanzielle Nöte.

Diese Gefahr wächst, weil Deutschland vergreist: War ein 100-Jähriger früher ein außerordentliches Jubiläum, ist er heute ein Massenphänomen. 1990 zählte die Altersgruppe 100 plus noch 2600 Mitglieder. 2014 waren laut Statistischem Bundesamt schon mehr als 17.000 Einwohner 100 Jahre und älter.

Die Deutschen sind das dritgraueste Volk der Welt, nur Japaner und Italiener sind noch greiser. Was einmal »Lebensabend« hieß, dauert heute 20 oder gar 40 Jahre. Mit dramatischen Folgen: Die gesetzliche Rente, die eine schrumpfende Kohorte junger Menschen finanzieren muss, wird in Zukunft kaum ausreichen, den Wohlstand der Älteren zu sichern. Gleichzeitig wachsen Risiken und Kosten eines langen Lebens – die Gefahr etwa, ein Pflegefall zu werden. Wer heute zwischen 40 und 60 Jahre alt

ist, steckt in der Zwickmühle. Selbst jenen, die sich selbstverständlich zur stabilen Mittelschicht zählen, schwant inzwischen, dass es auch für sie eng werden könnte im letzten Drittel. Die Angst vor dem Absturz aus den gewohnten Verhältnissen reicht tief in die Mitte der Gesellschaft.

Laut dem jüngsten Deutschland-Report im Auftrag des Versicherungskonzerns Axa, für den jedes Jahr mehr als 3000 Berufstätige und Rentner in ganz Deutschland befragt werden, halten sechs von zehn Erwerbstätigen ihre Altersvorsorge für »nicht ausreichend«. Und mehr als ein Drittel von ihnen gibt an, um sich »für den Fall einer Pflegebedürftigkeit« zu wappnen, fehlten ihnen die Mittel. Die Rentner selbst blicken noch pessimistischer in die Zukunft: Fast jeder dritte fürchtet zu verarmen. Noch 2016 plagte diese Angst nur jeden vierten. Selbst saftige Rentenerhöhungen konnten die grassierende Furcht nicht eindämmen. Im Gegenteil: Die Unsicherheit wächst und wächst. Doch worin bestehen die Risiken, als alter Mensch ruiniert zu sein? Wogegen müssen sich Rentner – und deren Kinder – wappnen?

Der Rentenfachmann Axel Börsch-Supan leitet das Munich Center for the Economics of Aging und sitzt in der Rentenkommision der Bundesregierung. Er sagt: Von Armut betroffen seien vor allem Langzeitarbeitslose und Personen, die durch Krankheit den Beruf nur eingeschränkt ausüben könnten, kleine Selbstständige ohne Absicherung und Frauen, die kaum in die Rentenkasse eingezahlt hätten. Breite Verarmung stellt Börsch-Supan nicht fest: »In keiner Gruppe ist das Armutsrisiko so gering wie unter Rentnern. Altersarmut kann

und muss aber durch gezielte Maßnahmen verhindert werden.«

Was der Rentenexperte nicht sagt: Viele Ältere, die durch die Nachkriegszeit geprägt sind, scheuen sich davor, überhaupt Hilfe vom Amt zu beantragen. Aus Scham. Die Dunkelziffer der Armut dürfte in dieser Generation besonders hoch sein. Außerdem wissen Sozialforscher, dass Jüngere deutlich leichter aus der Not herausfinden und sich in »normale« Einkommensverhältnisse hocharbeiten. Für sie ist Armut nur eine Lebensepisode. Im Alter aber gilt: Wer arm ist, stirbt auch arm.

In einem Punkt sind sich alle Experten einig: Die Altersarmut wächst. Selbst der vorsichtige Börsch-Supan geht davon aus, dass sich der Anteil armer Rentner, die auf Grundsicherung im Alter – das Hartz IV für Senioren – angewiesen sind, in den nächsten 20 Jahren verdoppelt. Laut einer im Auftrag der Deutschen Rentenversicherung erstellten Studie könnten es im Jahr 2030 schon 1,1 Millionen bedürftige Alte sein.

Ludwig Hollemeyer, der selbst mit 2200 Euro Rente verarmte, hat seinen Spaziergang beendet. Er nimmt Platz im kleinen Zimmer der ungarischen Seniorenresidenz, wo er die Erinnerungen an sein altes Leben versammelt hat: Ein Bild am Fenster zeigt den alten Garten, am Bett einige Schnapshots. Längst vergangene Momente.

An das, was kam, als die Ersparnisse aufgebraucht waren, erinnert sich Hollemeyer weniger gern. »Es war die schlimmste Zeit meines Lebens.« Er musste Heimkostenzuschuss beim Sozialamt beantragen und seine Vermögensverhältnisse offenlegen. Und weil ein Sohn sehr gut verdient, musste der fortan 300 Euro im Monat für die Eltern herbei. So wollte es das Amt. Der Sohn hingegen zeigte keinerlei Lust, seine Eltern jetzt durchzufüttern. Hollemeyer schämte sich. Er, der Familienernährer, der seinen drei Kindern das Studium finanziert hatte, war plötzlich auf Almosen des Juniors angewiesen. Er, der nie über seine Verhältnisse gelebt hatte, war nun ein schlecht gelittener Bedürftiger, ein Bettler.

Vor anderthalb Jahren starb Hollemeyers Frau. Da legte man ihm einen demenzkranken, inkontinenten Greis ins Zimmer – in jenes Bett, in dem die Ehefrau fünf Jahre lang gelegen hatte. Jetzt wollte Hollemeyer nur noch eins: raus hier. Zufäl-

Mehr zum Thema

Grundrente: Wie gerecht sind die Pläne von Sozialminister Hubertus Heil?

Vorsorge: Was Normalverdiener tun können

Pflege: Wann Kinder für ihre Eltern zahlen müssen S. 19

DIESE WOCHE



Haushalt: Bundesfinanzminister Olaf Scholz fehlen plötzlich 25 Milliarden Euro. Wo sind sie geblieben? Seite 20



Serie »Der Zustand der Welt« (5): Wie geht es der Luft? Darüber streiten ein Autolobbyist und eine Umweltexpertin. Außerdem gibt eine Grafik Antworten Seite 22–24



Porsche: Der mächtige Betriebsratschef Uwe Hück legt unvermittelt alle Ämter nieder, um Politiker zu werden. Was treibt ihn dazu? Seite 26

QUENGELZONE

Vorsicht, Überdöse!

MARCUS ROHWETTERS wöchentliche Einkaufshilfe

Assoziationen sind wie Gedanken auf Koks. Sie überwinden Grenzen und verleihen Flügel, ähnlich wie Red Bull. Ach ja: Die Brausefirma hat eine Modemarke, die mir Leser empfohlen haben. Sie heißt Alpha Tauri. Alpha ist der Erste, in der Leistungsgesellschaft also der Beste, das Alphamännchen, dessen Treibstoff Taurin ist, eine der Hauptzutaten von Red Bull. Das ist die Dose mit dem roten Stier, dem Taurus, dem Bullen, dem Börsensymbol für steigende Kurse. *The sky is the limit*, es geht ganz nach oben, bis nach Alpha Centauri.

So reimt sich eins zum anderen, und am Ende wird aus einer Modemarke ein Energydrink zum Anziehen: eine »innovative Textiltechnologie, die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit steigert«, indem sie vom Körper ausgesandte »Ferninfrarotstrahlung« reflektiert. Früher hätte man gesagt: Hält schön warm. Heute heißt das: »Blutkreislauf, Sauerstoffaufnahme, Konzentrations- und Leistungsfähigkeit werden angeregt und erhöhen das Level jeglicher Aktivität.«

Zumindest bei Online-Modehändlern wurde schon die Hirnaktivität stimuliert. »Wohin die Reise führt?«, fragt einer in seinem Shop, »zum AlphaTauri, dem hellsten Stern des Sternbildes des Stiers, der für Energie, Power und Konzentration steht. Hier werden Erwartungen übertroffen und Grenzen des Möglichen überschritten.« Jacken, Pullover und T-Shirts gehen nicht nur »eine Symbiose mit dem Organismus ein«, nein, »angetrieben von der Kraft des Taurus, wirkt die Kleidung auf Körper und Geist«, während sich Zukunfts geschwurbel und urbanes Hochleistungsblabla mit »minimalistischen Ready-to-Wear-Silhouetten« und »hochwertigen Schnitten« zu »intelligenter Mode« verbinden.

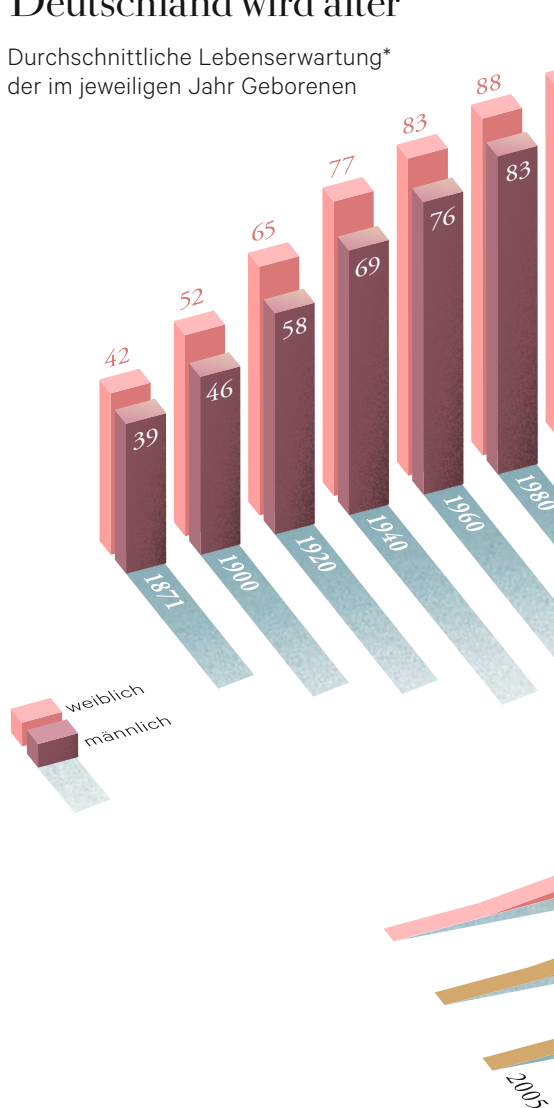
Warnhinweis: Wenn Sie das Gefühl haben, dass Kleidung eine Symbiose mit Ihnen eingeht oder intelligenter ist als Sie, sollten Sie Ihren Drogenkonsum überdenken. Oder weniger Red Bull trinken. Oder beides.

Von Verkäufern genötigt? Innovativen? Werbe-Hohlsprech und Pseudo-Innovationen? Melden Sie sich: quengelzone@zeit.de – oder folgen Sie dem Autor auf Twitter unter @MRohwetter

Fortsetzung auf S. 18

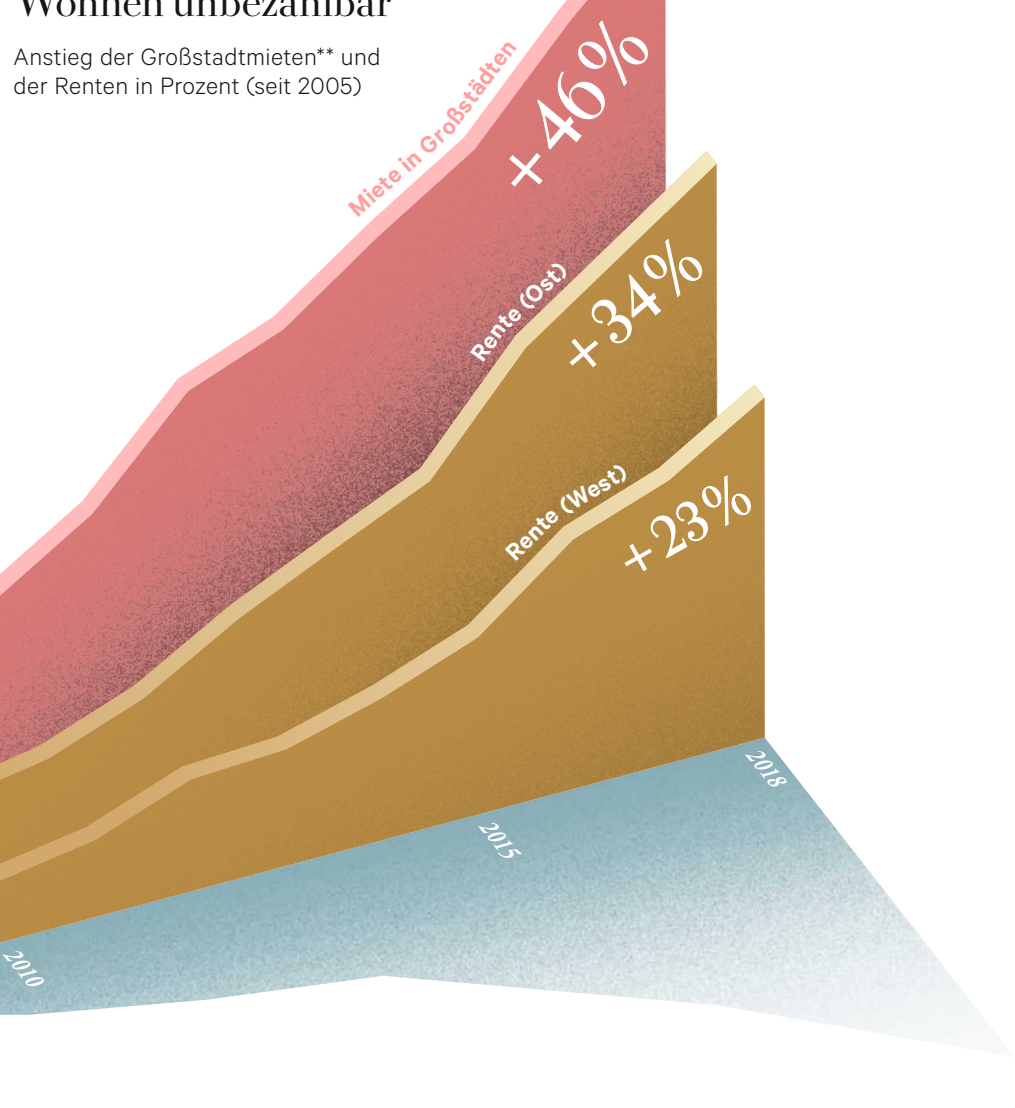
Deutschland wird älter

Durchschnittliche Lebenserwartung* der im jeweiligen Jahr Geborenen



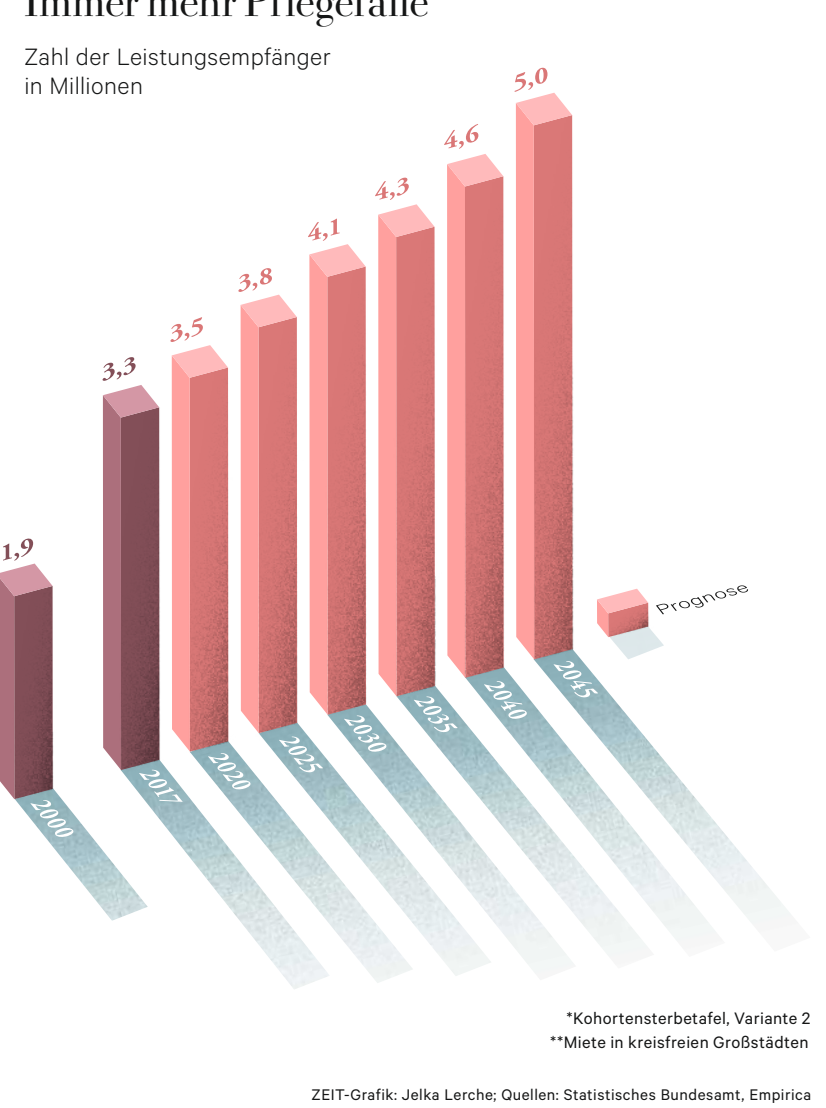
Wohnen unbezahlbar

Anstieg der Großstadtmieten** und der Renten in Prozent (seit 2005)



Immer mehr Pflegefälle

Zahl der Leistungsempfänger in Millionen



*Kohortensterbetafel, Variante 2
**Miete in kreisfreien Großstädten

ZEIT-Grafik: Jelka Lerche; Quellen: Statistisches Bundesamt, Empirica Regional, Bertelsmann Stiftung, Deutsche Rentenversicherung

Mehr Zeit als Geld Fortsetzung von S. 17

lig sah er im Fernsehen einen Bericht über einen Mann, der deutsche Rentner in osteuropäische Seniorenheime vermittelt. Nach Ungarn, Tschechien, Polen, in die Slowakei. In Heime, weitaus günstiger als deutsche, in denen man steinalt werden kann, ohne sich zu ruinieren.

Drei Monate später, im Dezember 2017, zog Hollemeyer um. Seitdem lebt er, der 43 Jahre in Saarbrücken zu Hause war, in Nemesbük, jenem ungarischen Ort, in dem das Életfa steht. Hier zahlt er 1100 Euro für ein Einzelzimmer, Friseur und Fußpflege inbegriffen. Hier ist freundliches Altenpflegepersonal in großer Zahl vorhanden und pro Schicht eine Krankenschwester. Einmal die Woche kommt der Arzt vorbei, der – wie alle hier – fließend Deutsch spricht. Hier hat Hollemeyer so viel Geld übrig, dass er für umgerechnet zehn Euro mit dem Taxi ins nahe Touristenörtchen fahren kann, um dort essen zu gehen. Sooft er Lust hat.

Es geht Hollemeyer nicht schlecht. Am besten ist, dass er sich nicht mehr ausgequetscht fühlt. Er sagt aber auch: »Ich bin nur hier, weil es für mich keine Alternative gibt.« Das eint die 56 Rentner, die im Életfa leben. Sie kommen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz. Alle verließen ihre Heimat, weil sie sich das Land, in dem sie sich 40, 50 Jahre abgerackert haben, nicht mehr leisten können. Auswandern – ist das die gesellschaftliche Antwort auf die Verarmung in späten Jahren?

Risiko: Pflegefall

Das Beispiel Hollemeyer lehrt, dass im Alter selbst gut abgesicherten Menschen der finanzielle Absturz droht. Das größte Risiko ist der Pflegefall. Je älter die Menschen werden, desto mehr erleben den körperlichen Zusammenbruch. 40 Prozent der 85- bis 90-Jährigen in Deutschland sind pflegebedürftig. Bei den noch Älteren sind es 66 Prozent. Trotz der gesetzlichen Pflegeversicherung, die einen Teil der Kosten übernimmt, bleiben an den Ruheständlern enorme Summen hängen, die sich Jahr um Jahr aufaddieren und Häuschen, Eigentumswohnungen, Aktien, Gold, ja ganze Vermögen verschlingen.

Zuletzt lagen die Kosten für einen Heimplatz bei höchster Pflegebedürftigkeit (Pflegegrad 5) bei 3778 Euro im Monat – für Pflege, Unterkunft, Essen und Investitionskosten. Im Durchschnitt! Das hat das Statistische Bundesamt ermittelt. Davon übernimmt die Pflegeversicherung 2005 Euro, der Rest – 1773 Euro – muss aus der eigenen Tasche kommen. Abhängig von Region und Einrichtung können die Kosten deutlich höher ausfallen. Im exklusiven Tertianum in München etwa beträgt der Eigenanteil für einen Pflegeplatz der höchsten Stufe sagenhafte 5236 Euro im Monat. Gerade in gehobenen Seniorenstiften müssen zunehmend die Angehörigen einspringen, weil die Ruheständler das elegante Wohnen über einen so langen Zeitraum nicht mehr bezahlen können.

Zum Vergleich: Die Standardrente, die einer erhält, der 45 Jahre lang lückenlos immer das Durchschnittseinkommen verdiente, betrug im vergangenen Jahr 1441 Euro (1381 Euro im Osten). Doch die meisten Menschen erreichen eine derartige Lebensarbeitszeit gar nicht. Im Durchschnitt kommen selbst Rentner mit mindestens 35 Versicherungsjahren bloß auf 1184 Euro. Da fehlen fast 600 Euro pro Monat, um auch nur die durchschnittlichen Heimkosten tragen zu können.

»Menschen mit höheren Renten geraten durchaus in Schwierigkeiten«, sagt Andreas Motel-Klingebiel. Der Soziologe, der an der Universität Linköping in Schweden lehrt, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den finanziellen Risiken des Alterns. »Der typische Fall: Ein Ehepartner muss ins Pflegeheim, der andere finanziert die Wohnung und den Hausstand weiter. Dafür reicht auch eine hohe Rente oft nicht aus.« Immerhin hat die große Koalition zuletzt die Leistungen der Pflegeversicherung deutlich ausgeweitet. Deshalb ist die Zahl der Pflegebedürftigen, die Sozialhilfe beantragten,

von 452.000 im Jahr 2014 auf 376.000 im Jahr 2017 zurückgegangen. Der Staat kann also gegensteuern. Allerdings hat das Manöver ein gewaltiges Loch in die Pflegekasse gerissen. Ab 2019 sollen höhere Beiträge helfen, dieses Loch wieder zu stopfen. Schon in wenigen Jahren, warnt Gesundheitsminister Jens Spahn, werden aber auch die nicht mehr reichen, um die ständig steigenden Kosten so vieler sehr langer Leben zu decken.

Eine Prognos-Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung bestätigt das: Die Forscher rechnen bis 2045 mit fünf Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland. Im Jahr 2017 waren es 3,3 Millionen. Zugleich werden immer weniger Familien für ihre alternden Angehörigen sorgen: Die Zahl der Nachkommen ist rapide gesunken, und jene aufopferungsvolle Hausfrau, die früher Eltern oder Schwiegereltern pflegte, hat heute Seltenheitswert. Sie ist selbst erwerbstätig. Hinzu kommt, dass kaum noch alle Generationen unter einem Dach leben. Die düstere Prognose der Studie: In 25 Jahren lebt fast jeder dritte Pflegebedürftige in einem (teuren) Heim.

Was die Politik auch tut, das Problem der uralten Gesellschaft schafft sie nicht aus der Welt: Die Kosten für Pflege, Krankenversicherung und Rente steigen, wobei es relativ weniger junge Schulkinder als früher gibt, die solche Summen tragen. In den 1970er-Jahren standen vier Erwerbstätige einem Senior gegenüber, 2030 werden es nur noch zwei sein. Deshalb darf man zwar auf staatliche Reformen hoffen, aber nicht erwarten, dass sie die Probleme der Renten- und Pflegekasse lösen. Jeder wird eigene Wege finden müssen.

Risiko: steigende Mieten

Guadrin Windrich hat einen Weg gefunden, ohne das Land zu verlassen. Wer sie besucht, muss nach Berg am Laim in den Osten Münchens, hier reißt sich Betonbau an Betonbau. Einziger Farbtupfer ist der hellblaue Balkon von Nummer 6. Es öffnet eine Dame mit schlohweißem Haar – aber nur unter einer Bedingung: Ihr echter Name darf nicht im Text stehen. Guadrin Windrich heißt also anders. Wer an ihrem Kaffeetisch mit Spitzendecke und Vanillekipferln Platz nimmt, kommt nicht auf die Idee, dass sie die Armut fürchtet. Mit dem hellblauen Rollkragenpullover und dem dezenten Schmuck wirkt sie wie eine gepflegte Dame. Die Wohnung ist stilvoll, an der Wand moderne Kunst, die Regale voll mit Büchern. Doch Frau Windrich sagt: »Ich komme gerade über die Runden.« Dann rechnet sie vor: 860 Euro für ihre 68-Quadratmeter-Wohnung, die sie seit dem Tod ihres Mannes allein bewohnt. Dazu Strom und Telefon. Von den 1200 Euro gesetzlicher Rente und der kleinen Betriebsrente von 45 Euro bleibt kaum etwas übrig. Deshalb hat Windrich mit ihren 67 Jahren wieder angefangen zu arbeiten. Für 450 Euro im Monat jobbt sie, die ehemalige Fachkrankenschwester, beim psychiatrischen Krisendienst und hilft in einer Kinderkrippe aus. »Ohne dieses Geld würde es nicht reichen.«

Schon gar nicht, wenn die Miete steigt. Täglich rechnet Windrich mit einer Erhöhung. Ihre Sorge ist, dass sie sich die Wohnung im teuren München bald nicht mehr leisten kann. Anders als Hollemeyer, den die Pflege seiner Frau finanziell ruinierte, droht der einstigen Gruverdienerin Windrich ein anderes Verarmungsrisiko: Mieten, die schneller steigen als die Renten.

Deutschland stehe eine »graue Wohnungsnot« bevor, warnt Matthias Günther, Vorstand des Pestel Instituts in Hannover. Der Ökonom hat Wohnungsmarkt und Rentenentwicklung analysiert. Ergebnis: Für Senioren von morgen wird es eng. Die Babyboomer, jene geburtenstarken Jahrgänge der Sechzig-

jahre, die ab 2025 massenhaft in Rente gehen, müssen sich auf eine unheilvolle Kombination einstellen: »Eine ganze Generation mit deutlich niedrigeren Renten trifft dann auf steigende Wohnkosten.« Auch Menschen aus der Mittelschicht bekämen dann ein Problem. Viele könnten sich ihre großen Wohnungen nicht mehr leisten, sie müssten in kleinere umziehen. Doch an denen mangelt es – gerade in Großstädten wie München, Stuttgart oder Hamburg.

Guadrin Windrich hat es bei einer Nachbarwohnung erlebt: Nachdem die saniert worden war, stieg die Miete um 400 Euro. Da blieb ihr selbst nur noch der Wegzug aus München, wo Windrich seit mehr als 40 Jahren lebt. »Ich würde mein ganzes soziales Umfeld verlieren«, sagt sie. Auch sie hätte nie gedacht, in der Psychiatrie, am Ende sogar Leiterin eines Wohnprojekts für 40 Patienten mit psychischen Problemen. In 44 Berufsjahren hat sie immer Vollzeit gearbeitet und – weil kinderlos –

Wie viel Rückzug ist erlaubt? Obwohl sich Windrich um die WG bemüht hat, ist ihr jetzt bange: »Der Kopf sagt: Es ist richtig. Das Herz empfindet es als Zumutung.« Was am Ende den Ausschlag gab: Künftig wird sie nur 480 Euro Miete plus Nebenkosten zahlen. Dafür reicht die Rente.

Ähnliche Modelle gibt es auch in anderen Städten. Vergleichbar mit Studenten-WGs – nur eben für sehr alte Semester. Fremde und von Not bedrohte Senioren trotzten gemeinsam den Widrigkeiten des Alters. Das mag im Einzelfall die Lösung sein. Doch um die Wohnungsnot einzudämmen, reichen derartige Angebote bei Weitem nicht aus.

Risiko: Langlebigkeit

Wo der Staat mit Pflege- und Wohnungspolitik scheitert, muss daher nicht selten eine Institution einspringen, die fast in Vergessenheit geraten ist: die Familie. Johanna Sandberg ist ein Schutzwort, der ihre Eltern von der Mittellosigkeit trennt. Auch Sandberg stellt jene Bedingung, die fast alle stellen, mit denen die ZEIT für diesen Artikel sprach (sofern sie überhaupt bereit waren, über ihre prekäre Lage Auskunft zu geben): Sie will nicht, dass Vater oder Mutter sich im Text wiedererkennen, die nämlich wissen nichts von dem Gespräch. Deshalb sind Namen und Details hier verfremdet. Doch der bittere Kern der Geschichte ist wahr: Sandbergs Eltern waren selbstständig mit einem mittleren Handwerksbetrieb, die Mutter beim Vater angestellt. Die Firma lief gut, und als ihre Eltern vor über 20 Jahren in Rente gingen, hatten sie, so glaubten sie, einwandfrei vorgesorgt. Sie hatten in die Rentenversicherung einbezahlt, sie besaßen ein hypotheckenfreies Einfamilienhaus in einer der besten Gegenden Hannovers, dazu eine Lebensversicherung, Antiquitäten und etwas Gold.

Sandberg war sicher: Die Eltern waren gut versorgt. Als ihr Vater vor 15 Jahren ankündigte, das Haus zu verkaufen, kam ihr zwar ein erster Verdacht, doch der Vater erzählte von einem Kredit für die Firma, den er noch abzahlen müsse, und das Haus sei ohnehin zu groß: »Alles in bester Ordnung.« Sandbergs Eltern zogen in eine Altbauwohnung, zur Miete. »Aber«, sagt Sandberg, »sie blieben in ihrem gesellschaftlichen Zirkel, wo der Porsche draußen vor der Tür steht.« Auch die neue Wohnung lag in einem begehrten Viertel. Drei Zimmer mit Stuck an den Decken, Schiebetüren als Rauntrenner. Die Eltern trafen sich weiter mit ihren gut betuchten Freunden zum Essen, spielten Golf und machten teure Reisen.

Vor acht oder neun Jahren dann die Veränderung. Schleichend. Zuerst verzichtete der Vater aufs Auto, weil er das angeblich nicht mehr brauchte. Dann fing die Mutter an, in Secondhandläden einzukaufen. Irgendwann wurden die Sparverträge für die Enkel eingestellt. Sie und ihr Bruder hätten die Eltern damals offen mit dem konfrontieren müssen, was sie im Stillen längst fürchteten, wirft sich Sandberg heute vor. Hätten fragen müssen: Wie lange reicht euer Geld noch? Irgendwann reichte es gar nicht mehr – über 350.000 Euro waren verbraucht. »Mein Vater ging zur Bank und bekam kein Geld mehr. Der Dispo war ausgeschöpft.« Sandbergs Mutter, die für die Finanzen zuständig ist, hatte niemandem gesagt, dass sie pleite sind. Nicht der Tochter, nicht dem Sohn, nicht dem eigenen Mann. Bis heute verliere sie kein Wort über Geld, erzählt Sandberg. Bis heute kann die Tochter nur vermuten, warum ihre Mutter die Augen fest verschloss vor dem Unheil: weil sie unbedingt mit ihren Freunden mithalten wollte. Die Eltern hatten wohl geglaubt, es würde bis zum Ende reichen. Doch dann überlebten sie den eigenen Wohlstand. Einmal,

erzählt Sandberg, habe ihr Vater nachdenklich gesagt: Ich hätte nie gedacht, dass ich so alt werde.

Bei der gesetzlichen Rente spielt es keine Rolle, wie alt man wird. Die wird bis zum Lebensende gezahlt. Doch je stärker die Rente in den Hintergrund tritt und private Vorsorge an Bedeutung gewinnt, desto wichtiger wird die Kalkulation mit dem eigenen Tod: Wie viele Jahre muss das Geld noch reichen?

Das ist neben dem Gefahr des Pflegefalls und der steigenden Mieten das dritte große Risiko, das vermeintlich gut Abgesicherte in Armut stürzen kann: ihre Langlebigkeit. Sie werden 100 Jahre alt, und mit 85 oder 90 geht ihnen das Geld aus.

Die Lebenserwartung gibt das Statistische Bundesamt heute für einen Jungen mit 78 Jahren an und für ein Mädchen mit 83. Dabei ist unterstellt, es gäbe in der Zukunft keine medizinischen Fortschritt mehr und keine Verbesserungen in den Lebensbedingungen. Sehr realistisch erscheint das nicht. Deshalb veröffentlicht die Behörde noch eine erweiterte Prognose. Danach können heute geborene Jungen hoffen, 90 Jahre alt zu werden, und Mädchen 93. Im Durchschnitt! Christoph Rott, Gerontologe an der Universität Heidelberg, verweist auf Studien: »Von den Deutschen, die im Jahr 2001 geboren wurden, wird die Hälfte *mindestens* 100 Jahre alt.«

Im Internet gibt es Seiten, die nach Abfrage der Lebensumstände – Rauchen? Sport? Verheiratet? – eine individuelle Prognose ausspucken. Etwa unter wie-alt-werde-ich.de. Wer »Pech« hat – also eigentlich Glück – wird älter als diese Wahrscheinlichkeitsberechnung. Manche Experten raten, auf jeden Fall mit 90 oder – besser – mit 95 Lebensjahren zu kalkulieren, wenn es darum geht, Geld zurückzulegen.

Das »Risiko« eines sehr langen Lebens betrifft alle, die zusätzlich zur gesetzlichen Rente Vorsorge betreiben. Sie müssen entscheiden, ob sie eigene Ersparnisse bilden oder sich über Sparverträge absichern, die lebenslange Zahlung garantieren.

Für die Eltern Sandberg ist es für diese Entscheidung zu spät. Der Vater ist 85 Jahre alt, die Mutter 84. Seit vier Jahren, als sie vor dem Ruin standen und aus der Altbauwohnung ausziehen mussten, leben sie nun außerhalb Hannovers in einer Genossenschaftswohnung. Den Umzug zahlten die Kinder. Ebenso den Computer, neue Kleider, die Waschmaschine. Ihre Eltern, sagt Sandberg, kämen zurecht; sie haben ja ihre kleine Rente, aber Extrazugaben sind nicht mehr drin. Nicht einmal bescheidene. Den Küchentisch, den sie brauchten, weil der alte nicht in die kleine Wohnung passte, hat ihr Vater im Sozialkaufhaus erworben. Die Gardinen fehlen bis heute.

Manchmal hat Sandberg Sorge vor dem, was noch kommt. Ihr Vater hatte einen Herzinfarkt, war schon mehrmals im Krankenhaus, auch ihre Mutter ist angeschlagen. Was, wenn sie ins Heim müssen? Selbst können sie das nicht bezahlen. Werden ihr Bruder und sie selbst am Ende alles finanzieren müssen? Eigentlich, sagt Sandberg, fände sie das gerecht – die Eltern hätten ihr alles ermöglicht, das Studium bezahlt, die Kinder gehütet. Sie waren gute Eltern, wunderbare Großeltern, Sandberg gibt gern zurück. Aber sie hat selbst zwei Kinder, die studieren. Auch sie will diesen Kindern alles ermöglichen – wie soll sie da noch für ihre bankrotten Eltern aufkommen?

Vor der Frage stehen künftig Hunderttausende: die Kinder der Babyboomer. Die Rollenverteilung zwischen den Generationen kehrt sich um. Plötzlich sind es die Eltern, die Hilfe beim Anziehen brauchen – und manchmal eben Geld. Kinder, deren Eltern Grundsicherung im Alter erhalten, müssen laut Gesetz zwar nicht für sie aufkommen. Allerdings bekommen Eltern diese Unterstützung nicht, wenn ein Kind ein Bruttojahreseinkommen von über 100.000 Euro hat. Strenger sind die Regeln, wenn das Sozialamt einspringen muss, etwa indem es die Pflegekosten übernimmt. Dann schaut der Staat genauer hin und kann das Geld von den Kindern zurückfordern (siehe Artikel auf Seite 19).

Die Altersarmut betrifft also keineswegs nur die Alten. Sie belastet auch die Jungen.



Ludwig Hollemeyer, 83, wurde das Heim in Deutschland zu teuer

Foto: Michael Rathmayr für DIE ZEIT



Die Respekt-Rente

Eine neue Leistung soll Menschen davor schützen, nach einem langen Arbeitsleben in Armut zu stürzen.
Wie gerecht ist das Konzept des Bundesarbeitsministers? **VON KOLJA RUDZIO**

Sozialpolitik lässt sich am besten über Beispiele verkaufen. Das weiß Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, der am vergangenen Wochenende seine Ideen für eine neue Grundrente vorstellte. In einem dreiseitigen Konzeptpapier schildert er das Beispiel einer Friseurin. Die habe 40 Jahre lang Vollzeit gearbeitet und immer in Höhe des Mindestlohns verdient. Nach dem heute geltenden Recht bekäme sie dafür bloß 512 Euro Rente im Monat. Das ist weniger, als einem Hartz-IV-Empfänger für Leben und Wohnen zusteht.

Wurde hingegen die neue Grundrente des Ministers eingeführt, erhielte die Friseurin deutlich mehr Ruhegeld: nämlich 961 Euro. Ihre Rente hätte sich demnach beinahe verdoppelt. Das sei eine Frage der Gerechtigkeit und des Respekts, erklärt der Minister. Finanzieren solle das der Steuerzahler.

Nach der Riester- und der Rürup-Rente kommt also womöglich bald die Heil-Rente. Zwischen drei und vier Millionen Menschen könnten von ihr profitieren, schätzt der Minister. Sie käme nicht nur zukünftigen Rentnern zugute, sondern auch Menschen, die sich jetzt schon im Ruhestand befinden. Sie könnten im Einzelfall von einem Tag auf den anderen fast doppelt so viel Geld erhalten wie bislang. Die Kosten dafür lägen bei einem mittleren einstelligen Milliardenbetrag. Das sei ein »Kraftakt«, gibt Heil zu, aber der sei nötig. Es gehe schließlich um den »Schutz vor Altersarmut« und die »Anerkennung der Lebensleistung«.

In ersten Reaktionen begrüßten der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Sozialverband VdK die Pläne. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände dagegen kritisierte, die Zahlen in dem Beispiel seien falsch (die Friseurin käme bei 38 Wochenstunden auf 600 Euro Rente), und die Grundrente schaffe neue Ungerechtigkeiten. Doch entscheidend für die Frage, was aus den Plänen des SPD-Politikers wird, ist die Reaktion des Koalitionspartners. Und auch aus dessen Reihen gibt es viel Kritik. Der wichtigste Einwand lautet, das Geld werde bei Heils Konzept zu breit verteilt, es lande keineswegs nur bei den Armen. Deshalb werde es sehr teuer. So äußern sich etwa der CDU-Arbeitsmarktpolizist Peter Weiß und der Thüringer CDU-Chef Mike Mohring.

Nach Heils Vorstellung bekäme die Grundrente automatisch ausgezahlt, wer zwei Bedingungen erfüllt: Erstens muss man mindestens 35 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben. Es zählen die im Rentenkonto verbuchten, offiziell anerkannten Zeiten. Zweitens muss der reguläre Rentenanspruch unter rund 900 Euro liegen.

Ist beides erfüllt, würde die Rente nach einem komplizierten Schema individuell angehoben. Am Ende, betont Heil, wäre sichergestellt, dass diejenigen, die immer zum Mindestlohn in Vollzeit gearbeitet haben, besser dastehen als Menschen, die nie erwerbstätig waren. Die ehemaligen Arbeitnehmer bekämen mehr als nur die Grundsicherung im Alter, die jedem zustehe. Die beträgt etwa 800 Euro, der genaue Betrag hängt von den Wohnkosten ab.

Das ist die Kernidee der Grundrente: Arbeit soll sich auszahlen. Dieses Ziel findet auch die Union richtig. Im Koalitionsvertrag hatte sie die Grundrente deshalb schon vor einem Jahr mit der SPD vereinbart. Auch unter diesem Namen. Allerdings mit einem Unterschied: Erhalten sollte sie nur, wer wirklich bedürftig ist. Das müsse immer geprüft werden, vereinbarten die Koalitionspartner damals. Heil sieht das nun anders, wie er in einem Interview mit der *Bild am Sonntag* verkündete. Eine Bedürfnisprüfung sei »respektlos«, die Grundrente sei »kein Almosen«.

Die Kritiker von der Union wenden ein, dass ohne Prüfung auch mancher Gutsituierter vom Steuerzahler alimentiert würde. Auch sie haben Beispiele im Kopf, aber andere als die Friseurin. Etwa den Fall des wohlhabenden Erben, der sich bloß eine kleine Rente erarbeitet hat, aber ein großes Mietshaus besitzt und dadurch jeden Monat 20.000 Euro einnimmt – genug, um sich selbst ein Leben in einer schicken Villa plus Porsche in der Garage zu leisten. Warum sollten die Steuerzahler – etwa seine Mieter – ihm dann noch das Alter mit einer verdoppelten Rente versüßen? Mit Armutsbekämpfung hätte das jedenfalls nichts zu tun.

Den Sozialdemokraten scheint diese Vorstellung weniger Kopfzerbrechen zu bereiten als den Christdemokraten. Wie viele Wohlhabende würden tatsächlich von der Grundrente profitieren? Eindeutige Zahlen dazu gibt es nicht.

Klar ist nur, dass viele Ruhestandler neben der gesetzlichen Rente weitere Einkommen ha-

ben oder über größere Vermögen verfügen. Sie gelten deshalb – trotz einer niedrigen Rente – nicht als bedürftig. Nur drei Prozent aller Rentner beziehen heute die Grundsicherung im Alter. Sie ist das Pendant zur Grundsicherung für Arbeitsuchende – bekannt als »Hartz IV«. Zum Vergleich: Von Hartz IV leben neun Prozent der jüngeren Bevölkerung (bis 64 Jahre). Der Anteil der auf Grundsicherung angewiesenen Menschen ist unter den Jüngeren also dreimal so hoch wie unter den Älteren.

Selbst Senioren mit ausgesprochen niedriger gesetzlicher Rente sind bislang eher selten auf die Grundsicherung angewiesen. So bezogen im Jahr 2014 von denjenigen, die weniger als 600 Euro Rente im Monat erhielten, nur sechs Prozent Grundsicherung. Das geht aus einer von der Deutschen Rentenversicherung zitierten Studie hervor. Offenbar verfügen viele Menschen mit kleinen Renten über andere Einkünfte, etwa über ihren Partner. Manche scheuen sich wahrscheinlich auch, überhaupt die Grundsicherung zu beantragen. Über diese Dunkelziffer lässt sich aber nur spekulieren.

Aus solchen Zahlen wird deutlich, dass die Grundrente wohl nicht sehr zielgenau helfen dürfte, Bedürftige aus der Armut zu holen. Viele Menschen mit kleiner Rente sind – nach gängigen Maßstäben – eben nicht hilfsbedürftig.

Das ist zumindest der Stand heute. In Zukunft könnten mehr Rentner auf diesem untersten Einkommensniveau landen. Der Anteil der Empfänger von Grundsicherung im Alter steigt seit Jahren und könnte sich bis zum Jahr 2030 verdoppeln, so legt es eine für die Deutsche Rentenversicherung erstellte Studie nahe. Insofern gibt es Anlass, über Reformen nachzudenken. Zudem lässt sich streiten, was als »arm« und was als »gerecht« empfunden wird. Arbeitsminister Heil begründet seinen Vorstoß ja auch mit der »Anerkennung der Lebensleistung«. Dafür ist die Grundsicherung nicht gedacht. Sie soll nur das Existenzminimum decken.

Union und SPD könnten auf einen Kompromiss zusteuern. Schon im Koalitionsvertrag war vorgesehen, für die Grundrente die Regeln zu lockern, nach denen die Bedürftigkeit geprüft wird. Wohneigentum sollte noch großzügiger als bisher behandelt werden. Am Ende könnte also eine Grundrente mit einer weniger strengen Bedürftigkeitsprüfung stehen.

Illustration: Max Löffler für DIE ZEIT



Kinder haften ...

... für ihre Eltern: Wenn Rentner Sozialhilfe bekommen, fordert das Amt Geld von den Angehörigen zurück **VON KERSTIN BUND**

Kann ein pflegebedürftiger Rentner den Eigenanteil für einen Heimplatz nicht aus eigener Tasche bezahlen, hat er Anspruch auf Sozialhilfe (»Hilfe zur Pflege«). Dafür muss er seine kompletten Ersparnisse und sämtliche Einkünfte offenlegen. Besitzt er ein Eigenheim und bewohnt es nicht mehr (und auch der Ehepartner nicht), muss er es verkaufen. Bis auf einen »Schonbetrag« von 5000 Euro, den er vom Ersparnis als eiserne Reserve behalten darf, muss er alles für seine Pflege drangeben. Erst dann bekommt er Sozialhilfe.

Später kann das Sozialamt dieses Geld von seinen Kindern zurückfordern. Ob ein Kind tatsächlich für seine Eltern aufkommen muss, hängt von dessen Einkünften und Vermögen ab. Entscheidend ist das monatliche Nettoeinkommen des Nachkommen. Davon werden bestimmte Aufwendungen abgezogen, etwa die Kosten für die Fahrt zum Arbeitsplatz, für die private Altersvorsorge oder die Tilgung eines Immobilienkredits. Ein Alleinstehender, dem nach Abzug dieser Kosten mehr als 1800 Euro netto im Monat bleiben, muss dann von allem, was darüber hinausgeht, die

Hälfte für seine pflegebedürftigen Eltern abgeben. Verheiratete Kinder werden erst bei Nettoeinkünften von über 3240 Euro zur Kasse gebeten. So haben es Familienrichter in einer komplizierten Tabelle festgelegt.

Kinder müssen auch aufs eigene Vermögen zurückgreifen, um ihre Eltern zu unterstützen. Unangetastet bleibt lediglich Vermögen, das der eigenen Altersvorsorge dient. Kinder können auch nicht gezwungen werden, ihr Haus oder ihre Wohnung zu verkaufen, um den Eltern finanziell unter die Arme zu greifen. Alle weiteren Vermögenswerte schützt der Gesetzgeber allerdings nicht. Hier gibt es – anders als beim Einkommen – keine pauschalen Freibeträge oder Vermögensgrenzen. Ein Gericht entscheidet im Einzelfall darüber, was die Kinder abgeben müssen.

Zahlen müssen Kinder selbst dann, wenn die Eltern sie entber haben oder der Kontakt zu ihnen abgebrochen ist. Auch dann verlangt der Gesetzgeber Solidarität mit den hilfsbedürftigen Eltern. Anders liegt es bei schweren »schuldhaften« Verfehlungen gegen das Kind: Wurde das Kind einst von den Eltern misshandelt oder musste es im Heim aufwachsen, kann ein Gericht die Unterhaltspflicht für unwirksam erklären.

ANZEIGE



„DIE ANTARKTIS IST DAS HOHEITSGEBIET DER PINGUINE. ERST KÜRZLICH WURDEN KOLONIEN MIT BIS ZU 1,5 MILLIONEN TIEREN ENTTDECKT. ENTTDECKEN SIE DOCH MAL BEI EINER KAJAKTOUR IM EISMEER WER SCHNELLER IST - SIE ODER DER PFEIFELSCHNELLE PINGUIN.“

FRIEDRIKE BAUER,
HURTIGRUTEN EXPEDITIONSLIEFERIN

ANTARKTIS

Wo die Vorstellungskraft endet, beginnt das Abenteuer.



ENTDECKEN SIE MIT HURTIGRUTEN ABENTEUERWELTEN AM SÜDLICHEN POLARKREIS

Gigantische Eisberge schimmern in unterschiedlichen Blautönen. Majestätisch erheben sie sich in der weißen Weite der vereisten Landschaft. Unzählige Pinguine, Robben und Wale erfüllen die Antarktis mit Leben. Hier ein Knacken. Da ein Grollen in der Ferne. Laut, lauter. Sie werden Zeuge, wie das Eis am Gletscher bricht. Ihre Reise mit Hurtigruten an Bord der weltweit ersten Hybrid-Expeditionsschiffe führt Sie auf nachhaltigen Entdeckerkurs.

Jetzt im Reisebüro buchen oder Tel. (040) 874 087 11

- Mit Hurtigruten reisen Sie nachhaltig: an Bord der weltweit ersten Hybrid-Expeditionsschiffe.
- Ihr komfortables Zuhause auf See hat 265 Außenkabinen – viele mit Balkon.
- Eisklasse PC6 gewährleistet den sicheren Einsatz in Polarregionen.
- Mit über 125 Jahren Seefahrerfahrung ist Hurtigruten der Experte für polare Gewässer.
- Vollpenson mit Tischgetränken, Snacks am Vor- und Nachmittag, Kaffee und Tee rund um die Uhr, kostenloses WLAN an Bord, in jedem Anlaufhafen eine Erkundungstour mit dem Expeditionsteam sowie eine wind- und regenabweisende Jacke sind einige der Inklusivleistungen auf Ihrer Expeditionsreise mit Hurtigruten.

ANTARKTIS
EXPEDITIONSSCHIFFE

z. B. 12 Tage ab 6.590 € p. P.*

Reisetermine 2020:
19.10.-05.11. 27.11.-08.12.
21.10.-08.11. 06.12.-23.12.
04.11.-21.11. 07.12.-18.12.
07.11.-18.11. 17.12.-28.12.
17.11.-28.11. 22.12.-08.01.
20.11.-07.12. 27.12.-07.01.

Reisetermine 2021:
06.01.-17.01. 28.02.-19.03.
07.01.-24.01. 02.03.-18.03.
16.01.-27.01. 17.03.-04.04.
23.01.-11.02. 18.03.-05.04.
10.02.-01.03.
15.02.-03.03.

HURTIGRUTEN
Expeditionen

DEUTSCHSPRACHIGES
EXPEDITIONSTEAM AN BORD
Antarktis · Nordwest-Passage · Alaska ·
Grönland · Spitzbergen · Island
Hurtigruten GmbH · Große Bleichen 23 ·
20354 Hamburg · www.hurtigruten.de



Geldanlage für Faule

Was eine Beraterin Menschen empfiehlt, die Geld für das Alter zurücklegen können

VON KOLJA RUDZIO

Wie soll ich fürs Alter vorsorgen? Die Antwort darauf kostet bei Doris Kappes 150 Euro. Dafür bekommt man 90 Minuten Beratung und 22 Jahre Erfahrung. So lange beschäftigt sich die Beraterin schon mit den Themen »Geldanlage« und »Altersvorsorge«. Ihre Kunden empfängt sie in einem kleinen Besprechungszimmer im ersten Stock eines Bürogebäudes beim Hamburger Hauptbahnhof. Es ist das Haus der Verbraucherzentrale.

Der Raum ist klein – ein Tisch, drei Stühle, kahle Wände, filzgrauer Teppich. Das Ambiente ist nicht so gediegen wie in manchen Banktürmen, aber dafür können die Kunden sicher sein, dass eine Beraterin wie Kappes weder Boni noch Provisionen dafür einstreicht, dass sie jemandem etwas aufschwätzt. Die Verbraucherzentrale verklebt keine Aktien, keine Fonds oder Lebensversicherungen. Kappes kann frei empfehlen, was sie für richtig hält.

Viele Menschen schätzen das. Die Termine aller Berater sind für die nächsten zwei Monate ausgebucht. »Früher«, sagt die 57-jährige Juristin, »kamen zum Jahresende viele Leute, weil sie noch schnell Verträge abschließen wollten. Die anderen Monate waren ruhig.« Damit ist es jetzt vorbei. »Seit zwei Jahren sind wir ständig ausgebucht.« Die Menschen machen sich Sorgen um ihre Altersfinanzen – quer durch alle Schichten. Auch Gutverdienende seien da-

bei. »Oft sagen die: ›Ich habe zwar studiert, aber damit kenne ich mich nicht aus.«

Und was rät Frau Kappes? Nicht etwa riestern, oder? »Es kommt darauf an«, sagt sie. Wer zum Beispiel den Spitzensteuersatz zahle, profitiere von Steuervorteilen, und wer wenig verdiene und Kinder habe, von den staatlichen Zulagen. In solchen Fällen rentiere sich die Riester-Rente, in vielen anderen Fällen nicht. Entscheidend sei die individuelle Situation.

Ähnlich ist es bei der betrieblichen Altersvorsorge. Viele Arbeitnehmer wissen nicht, dass ihr Arbeitgeber ihnen so etwas anbieten muss. Kappes dagegen kennt die fünf verschiedenen Modelle in- und auswendig. Sie erläutert deren unterschiedliche Vorzüge, holt auch einen Taschenrechner hervor, um zu zeigen, wie viel Geld dabei herauskommen kann.

Oft kämen ihre Kunden mit einer anderen Form der Altersvorsorge zu ihr, mit einer fondsgebundenen Rentenversicherung. »Die lohnt sich fast nie«, sagt Kappes. »Da sind die Abschluss- und Vertriebskosten viel zu hoch.« Auch das rechnet sie an einem Beispiel vor.

So ist es bei jedem Thema, ob Aktien, Lebensversicherung oder Versicherung gegen Erwerbsunfähigkeit: Kurz und bündig erklärt die Beraterin, für wen was infrage kommt. Nur bei der privaten Versicherung gegen das Pflegerisiko bleibt sie allgemein. Sie sagt: »Eine Versicherung gegen ein Risiko, das Sie ruinieren kann,

ist grundsätzlich sinnvoll.« Aber für die Pflege seien andere Kollegen zuständig. »Die sind darauf spezialisiert.«

Im Gespräch mit ihr wird schnell klar: Es gibt keine einfache Antwort. Aber wenn man sich beraten lässt – und etwas Geld beiseite legen kann –, geht doch sehr viel. Die Verbraucherzentralen bieten solche Beratungen gegen Honorar an, bei der Deutschen Rentenversicherung gibt es sie kostenlos. Auch freie Finanzberater, die auf Honorarbasis arbeiten, können hilfreich sein. Kappes legt ihren Besuchern außerdem die Bücher und Broschüren der Stiftung Warentest nahe. Ihre »Lieblingsbroschüre« heißt: *Geldanlage für Faule*, die empfiehlt sie am häufigsten.

Faul – also an einer möglichst bequemen Form der Geldanlage interessiert – könne man ruhig sein, sagt Kappes. Nur eines dürfe man nicht tun: Das Thema auf die lange Bank schieben. »Wenn man jung anfängt, kann man mit kleinen Beträgen viel sparen, das ist einfach so.« Da beobachte sie aber schon einen Bewusstseinswandel: »Seit einigen Jahren kommen immer häufiger Jüngere zu uns. Die sind gerade mit der Uni fertig und machen sich jetzt schon Gedanken um ihre Altersvorsorge.« Das gab es früher nicht.

Ist das nicht übertrieben? Doris Kappes schüttelt den Kopf. »Nein, das ist das einzig Richtige.«